

Stefan Schmid-Heher, Georg Lauss

Zeitlich begrenzte Fahrverbote vor Schulen? Ein Beispiel für politische Mitbestimmung

Bezug zum Informationsteil	Georg Lauss, Stefan Schmid-Heher: Politische Partizipation im Unterricht: Handlungsmöglichkeiten vermitteln und Demokratiebewusstsein stärken
Zielgruppe/Alter	Sekundarstufe I, ab der 8. Schulstufe
Lehrplanbezug	Modul 8 (Politische Bildung): Politische Mitbestimmung
Thematische Konkretisierung	<ul style="list-style-type: none">▶ Räume, Möglichkeiten und Strategien der politischen Mitbestimmung erklären und bewerten: Institutionen (EU-/Parlament, Landtag, Gemeinderat), Interessenvertretungen (politische Parteien, Kammern, Gewerkschaften, Jugendvertretung sowie Schülerinnen- und Schülervvertretung; frauenpolitische Organisationen) sowie Aktionen der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum;▶ Außerparlamentarische Formen der Mitbestimmung (z. B. Schuldemokratie und Schulpartnerschaft; Petitionen, Volksbegehren, -befragungen und -abstimmungen; betriebliche Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft; Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen) kennen, erklären und erproben;
Kompetenzen	Politische Urteilskompetenz, Politische Handlungskompetenz, Politische Sachkompetenz, Politikbezogene Methodenkompetenz
Kompetenzkonkretisierung	<ul style="list-style-type: none">▶ Erstellen von politischen Manifestationen;▶ Politische Urteile hinsichtlich ihrer Qualität, Relevanz, Begründung und Auswirkung beurteilen;▶ Eigene Politische Urteile fällen und formulieren;
Zentrale Fragestellungen	<ul style="list-style-type: none">▶ Wie kann die Wahrnehmung politischer Probleme zur politischen Mitbestimmung führen?▶ Welche Möglichkeiten und Formen der politischen Mitbestimmungen erscheinen für welche Anliegen als geeignet?
Dauer	6 Unterrichtseinheiten
Diskussion in Medien	<p>Annäherung an das Thema</p> <p>In Österreich machte der Verkehrsclub Österreich (VCÖ) die Forderung nach einem Fahrverbot vor Schulen zu Beginn des Schuljahres 2017/2018 zum Thema.¹ Nach Südtiroler Vorbild sollen bestimmte „Schulstraßen“ eine Viertel- bis eine halbe Stunde vor Schulbeginn für den Autoverkehr gesperrt werden, damit kein Verkehrschaos durch „Elterntaxis“ entsteht. In Bozen gibt es solche Regelungen seit 1989. Wie sehr der morgendliche Verkehr vor Schulen als Problem wahrgenommen wird, hängt selbstverständlich stark vom Schulstandort ab. Zwar sind Volksschulen im Fokus der Diskussion, doch grundsätzlich geht es um alle Schulen. Die Forderungen des VCÖ wurden im September und Oktober 2017 in zahlreichen regionalen und österreichweiten Medien aufgegriffen und kontroversiell diskutiert. Insbesondere in der Stadt</p>

Diskussion in Politik Salzburg gibt es eine Auseinandersetzung um die Einführung von Fahrverboten zur Entschärfung allfälliger Gefahrenlagen.² Bereits zuvor hatte die Grazer Verkehrsstadträtin ein Fahrverbot vor Schulbeginn gefordert.³ Im Rahmen des Projekts „Selbständig zur Schule“⁴ hat sich beispielsweise auch die Vorarlberger Landespolitik mit dem Problem auseinandergesetzt und einen Videoclip dazu produziert.⁵ Der österreichische Verkehrsminister meinte, man müsse sich „individuell anschauen, welche Maßnahme für welche Schule Sinn macht“.⁶ Auch in Deutschland und in der Schweiz wurden im letzten Jahr verstärkt ähnliche Probleme und Forderungen thematisiert.

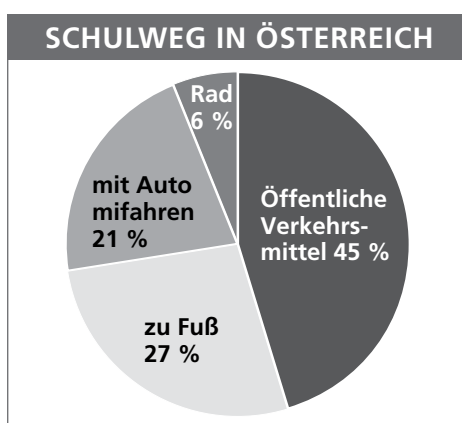
Argumente für ... BefürworterInnen eines temporären Fahrverbots vor Schulen führen an, dass zu viele Autos vor der Schule die Kinder gefährden und Staus erzeugen. Darüber hinaus sei die eigenständige Bewältigung des Schulwegs aus Gründen der Verkehrserziehung, der Selbständigkeit und im Hinblick auf die Bewegung wichtig. Die Luft vor der Schule werde durch den Verkehr belastet.⁷

... und gegen Fahrverbote GegnerInnen argumentieren für Anreize statt Verbote (z. B. Elternhaltestellen im Umkreis der Schule oder Belohnungssysteme für zu Fuß gehende SchülerInnen). Auch andere Maßnahmen wie Bodenschwellen, Zebrastreifen, Tempobegrenzungen oder SchülerInnenlotsen seien besser geeignet. Eltern hätten abgesehen davon gute Gründe (Zeitersparnis, Schule liegt am Arbeitsweg), ihre Kinder mit dem Auto zu bringen. Das Problem verlagere sich demnach an eine andere Ausstiegsstelle.

Lebensweltbezug Die Forderung nach einem temporären Fahrverbot vor Schulen nimmt einerseits unmittelbar auf die Lebenswelt der SchülerInnen Bezug. Andererseits steht sie auch exemplarisch für die Wahrnehmung politischer Probleme und den Umgang mit ihnen im Hinblick auf Möglichkeiten und Formen politischer Mitbestimmung. Die Bedeutung des Themas variiert zwar von Schule zu Schule, aber die Auseinandersetzung damit erscheint dennoch geeignet, Prozesse politischer Mitbestimmung zu veranschaulichen.

Methodisch-didaktische Hinweise

Als Einstieg bietet sich an, zu erheben, wie die SchülerInnen der Klasse im Normalfall zur Schule kommen. Diese Daten werden anschließend mit jenen verglichen, die der Verkehrsclub Österreich (VCO) für 6- bis 14-jährige SchülerInnen für ganz Österreich erhoben hat:



- a) Mit öffentlichem Verkehr: 45 Prozent,
- b) zu Fuß: 27 Prozent,
- c) mit dem Auto mitfahrend: 21 Prozent,
- d) mit dem Fahrrad: 6 Prozent.⁸

Anschließend soll besprochen werden, inwiefern der Schulweg ein politisches Thema ist bzw. mit politischen Problemen und Forderungen verknüpft sein könnte. Danach wird mit Hilfe des Arbeitswissen „Die Petition“ geklärt, was eine Petition ist und die „Petition für temporäre autofreie Zonen vor Schulen“ an den Wiener Gemeinderat vorgestellt (M₁). Eine Abstimmung über die Petition ohne weitere Diskussion zeigt ein erstes Stimmungsbild.

Arbeit in Kleingruppen Im nächsten Schritt wird die Petition nach der Schrittfolge der Problemstudie⁹ in Kleingruppen analysiert (M₂). Besonderes Augenmerk ist dabei jeweils auf unterschiedliche Perspektiven zu legen. Während in der vorliegenden Petition die „Elterntaxis“ als Problem für die Sicherheit der Kinder definiert werden, könnten beispielsweise

Problemdefinition	auch fehlender Platz für Autos oder die Umweltverschmutzung in den Mittelpunkt gestellt werden. Von der Wahrnehmung des Problems hängen die weiteren Analysen desselben und die infrage kommenden Lösungen ab. Die Wahrnehmung als Umweltproblem liefe auf ganz andere politische Handlungsoptionen hinaus. Ebenso bestimmt die Vielfalt möglicher Ursachen (Bequemlichkeit, fehlende Anbindung an den öffentlichen Verkehr, Zeitnot, Sorge um die Kinder) den weiteren Verlauf der Analyse. Es ist hier sowohl möglich, nach Punkt 1 (M_2) mit der ganzen Klasse eine gemeinsame Problemdefinition als Grundlage für die weitere Vorgehensweise festzulegen, als auch die Kleingruppen ihre jeweiligen Ansätze weiterverfolgen zu lassen.
Multi-perspektivität	An diesem Beispiel kann veranschaulicht werden, dass es einen Unterschied macht, ob BürgerInnen schon in die Problemdefinition einbezogen werden oder lediglich über bereits vorliegende Alternativen abstimmen können. Die Kontroversität unterschiedlicher Perspektiven und Standpunkte muss hervorgehoben werden.
Urteilsbildung auf Basis von Argumenten	Im Zuge der Auseinandersetzung mit M_3 „Wo stehe ich/wo stehen wir?“ ist die Urteilsbildung auf der Grundlage von Argumenten zentral. Die von den SchülerInnen entwickelten Argumente müssen ggf. von der Lehrperson ergänzt werden (siehe Auflistung im Abschnitt Annäherung an das Thema). Als letzter Punkt zu M_3 wird über ein Fahrverbot vor der eigenen Schule abgestimmt. Zu beachten und zu besprechen sind hier mögliche Abweichungen zur ersten Abstimmung (M_1). Abgesehen von der inhaltlichen Auseinandersetzung kann auch eine Rolle spielen, ob über eine Petition an den Gemeinderat oder eine Maßnahme vor der eigenen Schule abgestimmt wird.
Formen politischer Teilhabe	Bei den angegebenen Formen der politischen Teilhabe (M_4) ist bei den Beispielen Straßenblockade und Demonstration vor dem Rathaus klarzustellen, dass beide Formen legal sein können. Verpflichtend ist eine Anmeldung bei der zuständigen Behörde (Bezirkshauptmannschaft oder Landespolizeidirektion) 48 Stunden vor der Versammlung. Wenn eine Straße für eine Demonstration benützt werden soll, muss das drei Tage im Vorhinein der Behörde gemeldet werden. Eine weitere Genehmigung ist grundsätzlich nicht erforderlich. Wird diese Anzeigepflicht verletzt, droht eine Verwaltungsstrafe. Nur deshalb darf allerdings keine Versammlung aufgelöst werden.
Regeln für Partizipation	Als nicht aufgelistete Formen politischer Beteiligung sollten jedenfalls Aktivismus in den sozialen Medien oder die Gründung einer BürgerInneninitiative als Beispiel für politische Organisation ergänzt werden.
Wer soll entscheiden?	Die Aufgabenstellung von M_5 „Wer sollte über die Forderung nach einem zeitlich begrenzten Fahrverbot vor Schulen entscheiden?“ zielt darauf ab, die Mittel politischer Teilhabe im Hinblick auf die Ziele und ihre Relevanz einschätzen zu lernen. Entscheidend sind hier vor allem der mit der Beteiligung verbundene Aufwand, die Zugänglichkeit von Informationen und die Unmittelbarkeit der Auswirkungen. Auch die Frage, wer als Betroffene/r einer politischen Entscheidung gelten soll, ist oft nicht leicht zu beantworten. Zusätzlich zu den angeführten Varianten könnte auch eine BürgerInnenbefragung oder eine Entscheidung der Gemeinde auf Antrag der Schulleitung bzw. -behörde zur Debatte stehen.
Wer ist betroffen?	
Handlungskompetenz	M_6 „Unser Anliegen“ zeigt auf, dass politische Teilhabe ein gewisses Maß an Mündigkeit voraussetzt. Probleme müssen nicht nur wahrgenommen, sondern auch analysiert und kontextualisiert werden. Die durch die Problemstudie strukturierte Herangehensweise kann hierfür auf ein anderes Beispiel übertragen werden. Ob sich die Auseinandersetzung auf das Sichtbarmachen von Möglichkeiten zur Mitgestaltung beschränkt, oder ob die SchülerInnen tatsächlich aktiv werden sollen bzw. können, liegt im Ermessen der Lehrkraft.

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

DIE PETITION

ARBEITSWISSEN

Eine Petition ist eine Bitte, ein Anliegen bzw. auch eine Forderung. Normalerweise richtet sich eine Petition an offizielle Stellen bzw. PolitikerInnen wie zum Beispiel BürgermeisterInnen oder die Abgeordneten zum Nationalrat. Eine Petition hat das Ziel, von möglichst vielen BürgerInnen unterschrieben und damit unterstützt zu werden. Je mehr UnterstützerInnen eine Petition hat, desto mehr politisches Gewicht haben die Forderungen.

Für Petitionen gibt es teilweise geregelte Abläufe. So werden zum Beispiel Petitionen an den Wiener Gemeinderat von einem „Petitionsausschuss“ (= Gruppe von Abgeordneten aus allen Parteien) behandelt und beantwortet, wenn sie von mindestens 500 WienerInnen unterstützt werden. Sogenannte „Parlamentarische Bürgerinitiativen“ werden im Nationalrat im „Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen“ diskutiert, wenn 500 Wahlberechtigte sie unterstützen. Die Abgeordneten müssen sich dann mit den Forderungen befassen. Es können aber auch Unterschriften für ein Anliegen gesammelt und an die entsprechende Person oder Stelle übergeben werden, ohne dass geregelt ist, wer unterschreiben darf und dass sich dann jemand damit befassen muss.

M₁ PETITION FÜR EIN ZEITLICH BEGRENZTES FAHRVERBOT VOR SCHULEN

Der Anlass für eine Petition ist immer die Wahrnehmung eines politischen Problems. Ein Problem ist dann politisch, wenn es mehrere Menschen betrifft und durch politisches Handeln gelöst werden könnte. Wenn es keine Probleme gäbe, wäre Politik unnötig. Lies die untenstehende Petition an den Wiener Gemeinderat.

Petition für temporäre (= zeitlich begrenzte) autofreie Zonen vor Schulen

Sie kennen das Bild des morgendlichen Verkehrschaos vor Schulen in Wien? Gehupe, Türen öffnen, Wenden, Abfahren – dazwischen jede Menge Mädchen und Buben mit ihren großen Schultaschen. Mit dem Argument höherer Sicherheit bringen zahlreiche Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule. Sie erhöhen auf diese Art jedoch nicht die Sicherheit ihrer Kinder, sondern steigern im Gegenteil die Unfallgefahr für diese. Es geht auch anders: Bozen, Hannover und Salzburg zeigen, wie der Verkehr vor Schulen beruhigt werden kann. Dazu wird die Straße eine Viertel- bis halbe Stunde vor Schulbeginn und Schulschluss für den Autoverkehr gesperrt – und Elterntaxihaltebereiche einige hundert Meter vor der Schule eingerichtet. Dadurch wird das Verkehrsaufkommen deutlich verringert und Kinder können sicher und stressfrei in die Schule kommen. In Bozen ist der Anteil jener Schulkinder, die selbstständig zur Schule kommen, inzwischen auf fast 80 Prozent angestiegen; etwa die Hälfte kommt zu Fuß. So bewegen sie sich regelmäßig und üben von klein auf sicheres Verhalten im Straßenverkehr. Wir fordern: Wir fordern den Gemeinderat auf, auch mit Hilfe von Stadtschulrat und Bezirksvorstehungen, temporäre autofreie Zonen vor Schulen bis 2020 in jedem Bezirk umzusetzen.

Quelle: Auszug aus einer Petition an den Wiener Gemeinderat vom 24.10.2017

Arbeitsauftrag 1:

- ▶ Stellt fest, wie viele SchülerInnen eurer Klasse normalerweise a) mit öffentlichem Verkehr, b) zu Fuß, c) mit dem Auto (mitfahrend) oder d) mit dem Rad in die Schule kommen.
- ▶ Vergleicht das Ergebnis eurer Abstimmung mit den Daten für ganz Österreich: www.vcoe.at/news/details/vcoe-acht-von-zehn-kindern-kommen-mit-oeffis-zu-fuss-oder-mit-rad-zur-schule
- ▶ Stimmt dann ohne weitere Diskussion in der Klasse darüber ab, wer die „Petition für temporäre autofreie Zonen vor Schulen“ in der eigenen Gemeinde unterstützen würde und wer nicht.

M₂ PROBLEMSTUDIE IN KLEINGRUPPEN

Arbeitsauftrag 2:

- ▶ Besprecht in Kleingruppen die folgenden Fragen zu dieser Petition und macht euch Notizen.

1. Das politische Problem

- a. Welches Problem spricht diese Petition an?
- b. Welche anderen Sichtweisen auf die beschriebene Situation (hier: morgendliches Verkehrschaos vor der Schule) wären möglich?
- c. Handelt es sich dabei auch aus deiner Sicht um ein Problem?
- d. Wer bestimmt, ob etwas tatsächlich ein politisches Problem ist?

2. Die Ursache(n) des Problems

- a. Welche Ursachen für dieses Problem werden genannt?
- b. Welche anderen Ursachen könnten außerdem angeführt werden?

3. Die Betroffenen

- a. Wer ist von diesem Problem betroffen? (Eltern, SchülerInnen und andere)
- b. Wie sind diese Gruppen oder Einzelne betroffen?

4. Die „Lösungen“ (perfekte und endgültige Lösungen sind meistens nicht realistisch)

- a. Welche „Lösung“ wird in der Petition gefordert?
- b. Welche anderen „Lösungen“ wären noch denkbar?

5. Die Konsequenzen

- a. Welche Konsequenzen hätte die in der Petition geforderte Lösung für die Betroffenen (siehe 3.)?
- b. Welche Konsequenzen hätte eine andere Lösung im Vergleich dazu?

M₃ WO STEHE ICH/WO STEHEN WIR?

Arbeitsauftrag 3:

1. Stell dir vor, dass du Gemeinderat bzw. Gemeinderätin bist. Dir wird diese Petition mit Unterschriften von ausreichend vielen BürgerInnen übergeben. Bereitet in einer Gruppe eine Stellungnahme dazu vor und entscheidet, wie mit der Petition weiter umgegangen werden sollte.
 - a. Ich lehne die Petition ab, weil ...
 - b. Ich werde mich für die Forderung der Petition einsetzen, weil ...
 - c. Ich bin dafür, über die Forderungen z. B. mit BürgerInnen oder VertreterInnen von Behörden weiter zu diskutieren, weil ...
2. Wie viele Personen müssten in deiner Gemeinde eine solche Petition unterschreiben, damit der Gemeinderat deiner Meinung nach darüber beraten muss? Vergleiche deine Einschätzung mit der deiner MitschülerInnen.
3. Sammelt gemeinsam nach jeder Stellungnahme Argumente für oder gegen ein Fahrverbot. Ergänzt diese anschließend. Stimmt in eurer Klasse über ein zeitlich begrenztes Fahrverbot vor eurer Schule (eine halbe Stunde vor Unterrichtsbeginn) ab. Hat sich das Ergebnis im Vergleich zur ersten Abstimmung geändert?

M₄ FORMEN POLITISCHER AKTIONEN

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, auf die Wahrnehmung eines Problems aufmerksam zu machen. Die meisten davon stehen grundsätzlich allen Menschen offen. Welche Möglichkeit infrage kommt, hängt auch davon ab, über welche Fähigkeiten, wie viel Zeit und wie viel Geld die Beteiligten verfügen.

Arbeitsauftrag 4:

- ▶ Beurteile die folgenden Aktionsformen für ein zeitlich begrenztes Fahrverbot vor Schulen (also z. B. von 7:30 bis 8:00) nach den angegebenen Kriterien durch eine Markierung auf der Achse.
- ▶ Vergleiche deine Einschätzungen mit denen deines Nachbarn/deiner Nachbarin. Diskutiert allfällige Unterschiede zwischen euren Einschätzungen.
- ▶ Kennt ihr noch andere Formen der politischen Beteiligung?
- ▶ Findet zwei oder drei politische Anliegen, die euch grundsätzlich wichtig sind. Welche Aktionsformen erscheinen euch für diese Anliegen passend?

1. E-Mails an PolitikerInnen schreiben und auf das Problem aufmerksam machen und um eine Antwort bitten.	immer erlaubt wirksam aufwändig angemessen	<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div>	streng verboten wirkungslos müheles unangemessen
2. Vor Schulbeginn die Straße vor der Schule blockieren.	immer erlaubt wirksam aufwändig angemessen	<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div>	streng verboten wirkungslos müheles unangemessen
3. Die Partei wählen (sofern man wahlberechtigt ist), die die eigenen Positionen am ehesten vertritt.	immer erlaubt wirksam aufwändig angemessen	<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div>	streng verboten wirkungslos müheles unangemessen
4. Im Vorbeigehen die sogenannten „Elterntaxis“ zerkratzen.	immer erlaubt wirksam aufwändig angemessen	<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div>	streng verboten wirkungslos müheles unangemessen
5. Eine Demonstration vor dem Gemeindeamt/Rathaus/der Bezirksvertretung organisieren.	immer erlaubt wirksam aufwändig angemessen	<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> ← → </div>	streng verboten wirkungslos müheles unangemessen

M₅ WER SOLLTE ÜBER DIE FORDERUNG ENTSCHEIDEN?

Arbeitsauftrag 5:

1. Alle Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen sollten abstimmen. Somit haben alle Betroffenen eine Stimme.
2. Die gewählten VertreterInnen der LehrerInnen, der Eltern und der SchülerInnen jeder Schule sollten abstimmen. So werden alle Interessengruppen miteinbezogen.
3. Der Gemeinderat der Gemeinde sollte entscheiden. Es geht um Interessen der ganzen Gemeinde (andere AutofahrerInnen, AnrainerInnen).
4. Der Nationalrat sollte das für ganz Österreich mit einem Gesetz entscheiden. Viele verschiedene Regelungen sind unübersichtlich und ungerecht, ein Gesetz schafft Klarheit.

Gibt es noch andere Varianten? Welche Möglichkeiten erscheinen dir grundsätzlich sinnvoll, welche würdest du ausschließen? Begründe dein Urteil.

M₆ UNSER ANLIEGEN

Diskutiert über Probleme, die ihr an der Schule oder in der Gemeinde wahrnehmt. Einigt euch auf ein Problem, das ihr alle als politisches Problem ansieht. Politisch ist das Problem dann, wenn es

1. mehrere Menschen betrifft und UnterstützterInnen gefunden werden können und
2. durch Regelungen in einer Gemeinschaft (in der Klasse, in der Schule, in der Gemeinde etc.) ein Beitrag zur Verbesserung der Situation („Lösung“) erreicht werden kann.

Regelungen können dabei staatlich bzw. offiziell sein (Gesetz, Beschluss im Gemeinderat) oder auch nur in einer Klasse bzw. einer Schule beschlossen werden und dort gelten.

Arbeitsauftrag 6:

- ▶ Formuliert euer Anliegen in einem Satz.
- ▶ Welche UnterstützterInnen könntet ihr für euer Anliegen gewinnen? (Personen, Organisationen, Institutionen)
- ▶ Welche Personen oder Gruppen könnten aus welchen Gründen gegen euer Anliegen sein?
- ▶ Formuliert eine kurze Petition (Anliegen und Begründungen) und überlegt euch, an wen ihr sie richten könntet.

1 VCÖ: Acht von zehn Kindern kommen mit Öffis, zu Fuß oder mit Rad zur Schule, www.vcoe.at/news/details/vcoe-acht-von-zehn-kindern-kommen-mit-oeffis-zu-fuss-oder-mit-rad-zur-schule, 03. 11. 2017

2 ORF Salzburg: Pkw-Fahrverbote vor Schulen geplant, 7. September 2017, salzburg.orf.at/news/stories/2864606/, 03. 11. 2017

3 Winter-Pölsler, Gerald: Kahr möchte Fahrverbot vor Volksschulen zu Schulbeginn, in: Kleine Zeitung, 6. Mai 2017, www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5213017/Aus-fuer-Elterntaxi_Kahr-moechte-Fahrverbot-vor-Volksschulen-zu, 03. 11. 2017

4 Mettauer, Elisabeth: Selbständig zur Schule, 28. September 2017, bildungsland.vorarlberg.at/de/bildung-aktuell/news/aktuelles/sel-bstaendig-zur-schule, 03. 11. 2017

5 Land Vorarlberg: Selbstständig zur Schule, 6. September 2017, www.youtube.com/watch?v=OtBEnyXBgeo, 03.11.2017

6 Kronen Zeitung: Vorbild Südtirol, Kommt Fahrverbot rund um Schulen?, in: Kronen Zeitung, 5. September 2017, wcm.krone.at:8090/familie/kommt-fahrverbot-rund-um-schulen-vorbild-suedtirol-story-586993, 03. 11. 2017

7 Schubert, Andreas/Staudinger, Melanie: Umweltschützer fordern Fahrverbot vor Schulen, in: Süddeutsche Zeitung, 29. April 2017, www.sueddeutsche.de/muenchen/luftverschmutzung-umwelt-schuetzer-fordern-fahrverbot-vor-schulen-1.3478347, 03. 11. 2017

8 VCÖ: Acht von zehn Kindern kommen mit Öffis, zu Fuß oder mit Rad zur Schule, www.vcoe.at/news/details/vcoe-acht-von-zehn-kindern-kommen-mit-oeffis-zu-fuss-oder-mit-rad-zur-schule, 03. 11. 2017

9 Reinhardt, Sibylle: Politik-Didaktik, Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin 2012, S. 93-104.